

# Das politische System Thailands nach den Wahlen des Jahres 1969

KLAUS VON DER DECKEN

## „Gelenkte Demokratie“

Im konstitutionellen Königreich Thailand wird im Namen des Königs Phumiphon und der Königin Sirikit regiert. Am 10. Februar 1969 fanden die ersten Parlamentswahlen statt<sup>1</sup>, seit vor elf Jahren, also 1958, die Verfassung aufgehoben worden war. Obwohl das thailändische Volk offensichtlich apathisch blieb und sich nur zu 25% an der Wahl beteiligte, behaupten die thailändische Regierung und die mit ihr befreundeten westlichen Regierungen, daß Thailand bei dieser Gelegenheit die Rückkehr<sup>2</sup> von einer Militärdiktatur zur Demokratie vollzogen habe.

Die vom bisherigen Thanom-Regime in die Wahl geführte ad hoc gegründete „Vereinigte Thailändische Volkspartei“ (Saha Pracha Thai) brachte die meisten Kandidaten durch. Zahlenmäßig ähnlich erfolgreich wie die Regierungspartei waren Abgeordnete, die sich als Unabhängige wählen ließen, aber zum großen Teil von den bisherigen Machthabern, zum Beispiel vom stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister General Praphat Charusathien und seinem Polizeigeneral Prasöt Ruchirawong, finanziert worden sein sollen und sich auf ihre Seite schlugen. Als einzige der zugelassenen Oppositionsparteien gewann die „Demokratische Partei“ (Prachathipat) Einfluß. Die restlichen Parlamentarier vertreten verschiedene Splitterparteien. So erhielt die „Vereinigte Wirtschaftsfront“ (Näo Ruam Sedthakon), die als einzige Partei innenpolitisch für einen gemäßigt sozialistischen und außenpolitisch für einen neutralistischen Kurs eintritt, im Nordosten des Landes vier Sitze für das Abgeordnetenhaus mit 219 Sitzen.

Auf dieses Wahlergebnis hin wurde der bisherige Ministerpräsident Feldmarschall Thanom Kittikhachon vom König erneut mit der Regierungsbildung beauftragt. Er kann der bequemen Zustimmung des Parlaments zu seiner Politik sicher sein, denn für die wesentlichen Entscheidungen tagt das Abgeordnetenhaus gemeinsam mit einem Senat; und diese zweite Kammer, der die Verfassung Vormacht einräumt, ist ausschließlich mit Gesinnungsgenossen der Regierung, überwiegend Offizieren, besetzt, die auf Vorschlag der Regierung vom König ernannt werden.

Man erkennt leicht die Züge einer sogenannten „gelenkten Demokratie“, die jetzt also auf unbegrenzte Zeit der reinen Militärdiktatur folgen soll. Eine öffentliche Kontrolle der politischen Führung und der staatlichen Vollzugsorgane ist noch so wenig gegeben wie zu Zeiten der absoluten Monarchie vor 1932. In der Presse mag un-

<sup>1</sup> Eine vorzügliche Berichterstattung über die Wahl bot die „Neue Zürcher Zeitung“ am 11. und 12. 2. 1969.

<sup>2</sup> Zur Kritik der letzten Wahlen am 26. 2. 1957 siehe: Wilson/Phillips 1958.

geachtet der polizeilichen Zensur<sup>3</sup> Kritik laut werden; aber die Presse hat keine Gewalt geltend zu machen. Die Regierung bleibt also ihr eigener oberster Richter über ihre Leistungen.

## Die Herrschenden

Unter den Staaten der dritten Welt nimmt Thailand eine Sonderstellung insofern ein, als es nie Kolonie war. Aber es wurde unter der Drohung des Kolonialismus 1855 im Bowring-Vertrag zu einer Freihandelspolitik verpflichtet, die eine Modernisierung nach westlichen Vorbildern auslöste. Die Umwandlung ging selektiv vor sich; sie war hauptsächlich auf die formalen Seiten von Regierung und Verwaltung und auf den technischen Sektor der Kultur beschränkt. Im sozialen Bereich scheinen die traditionellen Wertungen weiterzugelten. Riggs, der Verfasser des besten Thailandbuches<sup>4</sup>, schreibt: „Das alte Siam ist in eine moderne Staatlichkeit hineinprojiziert worden.“

Das alte, vom Westen noch unbeeinflusste thailändische Regierungssystem<sup>5</sup> war extrem absolutistisch. Die Thai eroberten 1431 das berühmte Angkor und verschmolzen das Gottkönigtum der Khmer von Angkor mit ihren eigenen Überlieferungen, nach denen der König durch sein religiöses Verdienst legitimiert war. Das ganze Regierungswesen sollte mit der bürokratischen Organisation, den königlichen Zeremonien und der Palastarchitektur<sup>6</sup> auf magische Weise in der Menschenwelt das Universum nachbilden. Die Lokalverwaltungen waren verkleinerte Wiederholungen der kosmologisch angelegten Zentralverwaltung, durch Tribut- und Beistandspflicht, durch Gesandtschaften und den Harem mit dem Oberkönig verbunden.

Thailands Staatsgebiet (514 000 km<sup>2</sup>) ist ungefähr doppelt so groß wie das der deutschen Bundesrepublik, seine Bevölkerung (33,7 Millionen im Jahr 1968) ist halb so groß wie die bundesdeutsche. Der bei weitem größte Teil der Bevölkerung lebt in mehr oder weniger geschlossenen Dörfern und baut mit Überschwemmungsbewässerung Reis an. Möglicherweise bestätigt die Geschichte der Thai die Wittfogelschen Thesen<sup>7</sup> von der orientalischen Despotie. Wittfogel hat an einigen Beispielen von Wasserbaukulturen den geschichtlichen Zusammenhang einer zentralen Bürokratie mit der Landtechnik und dem Verkehrswesen aufgezeigt. Auch in Thailand führte die staatliche Organisation zur Entstehung von Fürstenstädten.

Von diesen Städten wuchs Bangkok zu einer Metropole<sup>8</sup> mit an die drei Millionen Einwohnern heran, während keine andere Stadt mehr als 100 000 Einwohner erreichte. In Bangkok entwickelt sich überwiegend aus Thailändern chinesischer Abstammung eine politisch aufmerksame Mittelschicht, die in zunehmendem Maße in Wirtschaft und Kultur Einfluß gewinnt.

Eine Minderheit von Thailändern lebt in der Waldwildnis der thailändischen Hochländer. Die Hochlandbevölkerung lebt auf Grund ihrer Wirtschaftsweise des

<sup>3</sup> „Bangkok Post“, 16. 6. 1968.

<sup>4</sup> Riggs 1966, S. 110.

<sup>5</sup> Wales 1934. Vella 1955, S. 317–322.

<sup>6</sup> Heine-Geldern 1930, S. 31–33.

<sup>7</sup> Wittfogel 1957.

<sup>8</sup> Evers 1966.

Schwendbaus<sup>9</sup> in anderen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen als die Überschwemmungsreisbauern und die Großstädter. Schwendbau ist eine Landbau-technik<sup>10</sup>, die mittels Brandrodung Kulturland gewinnt. Erschöpftes Kulturland wird zur Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit der Waldbrache überlassen. Kennzeichnend für das Leben der Hochlandbevölkerung sind Unstetheit der Siedlung, größere Vielfalt der Anbauprodukte (Opium) sowie der Charakter des Siedlungsraumes als von den Tieflandthai gemiedenes Rückzugsgebiet.

Diese Dreigliederung der Bevölkerung wird in ihrer politischen Bedeutung immer wieder unterschätzt. Zwischen der städtischen Elite und den Dorfbauern und zwischen den Tieflandthai und der Hochlandbevölkerung besteht eine Kluft, die weder die Regierungsbeamten noch kommunistische Kommissare zu überbrücken vermochten. Die Vermittlungsfunktion obliegt den in den Dörfern gewählten Bürgermeistern, den Lehrern, Polizisten und buddhistischen Würdenträgern. Dies sind die unworbenen und terrorisierten Schlüsselfiguren für die thailändische Zukunft<sup>11</sup>. Die Kommunisten, deren ausgemachte Strategie es ist, entsprechend dem maoistischen Revolutionsmodell vom Lande her die Stadt zu erobern, bilden in Vietnam und China Kader aus und haben es verstanden, sich insbesondere bei der Hochlandbevölkerung Loyalität zu verschaffen, so zum Beispiel bei einem großen Teil der etwa 60 000 Mäu.

Für eine Demokratie okzidentalens Typs fehlen in Thailand die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen. Die wirtschaftliche Modernisierung<sup>12</sup> befindet sich in einer Phase, in der den ersten kapitalintensiven Investitionen noch keine allgemeine Steigerung des Einkommens gefolgt ist. Sondern die Modernisierung bestand zunächst einmal in der Ausbreitung der Geldwirtschaft im Rahmen der Spezialisierung und Marktverflechtung der vorher weitgehend für die lokale Eigenversorgung wirtschaftenden Landbevölkerung. Thailand wurde in einen halbkolonialen Zustand überführt. Ausländer, Chinesen und Europäer, exportierten die Landesprodukte: Reis, Teakholz, Kautschuk und Zinn.

Als die Revolution von 1932 den Königshof entmachtete, hat kein kapitalistisches Bürgertum die Staatsmacht beschränken wollen, um für sich wirtschaftliche Handlungsfreiheit zu gewinnen<sup>13</sup>. In der Tradition der Monopole, die einst die Lebensgrundlage der königlichen Würdenträger waren, blieb auch die neue militärische und bürokratische Elite an staatlicher Lenkung der wirtschaftlichen Großunternehmen interessiert<sup>14</sup>, während Landwirtschaft und Lokalhandel in privater Hand belassen wurden. Die Regierungsämter bedienen sich oftmals der chinesischen Unternehmerschaft<sup>15</sup>, um sich an Wirtschaftsbetrieben der öffentlichen Hand zu bereichern<sup>16</sup>, in denen hohen Thaipersönlichkeiten Aufsichtsratsposten eingeräumt werden.

Mit der Revolution von 1932 ergriff eine militärisch-bürokratische Oligarchie die Macht. Innerhalb dieser Führungselite erwiesen sich die zivilen Machthaber den

<sup>9</sup> Weber 1969.

<sup>10</sup> Spencer 1966.

<sup>11</sup> Zu dieser Ansicht kam im benachbarten und vergleichbaren Laos Stanton 1968.

<sup>12</sup> Ingram 1955.

<sup>13</sup> Fistié 1967, S. 127–180.

<sup>14</sup> Riggs 1966, S. 305–310.

<sup>15</sup> Skinner 1958, S. 186–192 und 244. Riggs 1966, S. 251–254.

<sup>16</sup> Riggs 1966, S. 256–304, war so mutig, auch die derzeit Herrschenden namentlich zu nennen.

Militärbefehlshabern auf die Dauer nicht gewachsen. Von den 38 Jahren seit der Revolution entfallen 31 Jahre auf vier lange Militärdiktaturen und 7 Jahre auf sechs kurze Zivilregierungen. Innerhalb derselben 38 Jahre wurde die Verfassung neunmal gewechselt; viermal wurde die Regierung gewaltsam gestürzt, und von den neun Wahlen waren einige gefälscht<sup>17</sup>.

Von den Ministern aller bisherigen Kabinette waren fast ein Drittel nur ein Jahr im Amt, ein weiteres Drittel nicht mehr als zwei Jahre. Da handfeste finanzielle Vorteile, die den höchsten Politikern aus Aufsichtsratsposten in Wirtschaftsunternehmen erwachsen, ihr Interesse an politischer Macht zusätzlich motivieren, treten die Bemühungen, den öffentlichen Dienst zu verbessern, hinter Bemühungen zur Stabilisierung des herrschenden Systems zurück<sup>18</sup>. Der Staat bequemt sich, für vorenthaltene Dienste erst in den Landesteilen mit konzentrierten Anstrengungen aufzukommen, in denen Umsturz droht. Die regierenden Generale nutzten die amerikanische Gegenwart in Südostasien, um die längst zugestandene Redemokratisierung aufzuschieben. Obwohl Südvietnam sogar mitten im Krieg Wahlen abhielt, fand sich Thailand erst dazu bereit, als das amerikanische Disengagement zur Gewißheit wurde.

### Traditionelles Autoritätsverhalten

Bevor aber die Bevölkerung „verfassungsreif, verfassungsinteressiert“ ist, bliebe selbst eine Verfassung, die westlichen Prinzipien parlamentarischer Demokratie gerecht würde, nichts als ein von der Masse der Bevölkerung unverstandenes „Dekoratum“<sup>19</sup>. Die Verfassung von 1968 ist, wie auch die Wahlen von 1969, insofern lediglich als politischer Kunstgriff anzusehen, als sie das Verhältnis zwischen Elite und Masse unverändert beläßt. Der Thailänder macht von seinem Wahlrecht nur Gebrauch, wenn Verwandtschaft oder ein Gefolgschaftsverhältnis ihn einem bestimmten Kandidaten gegenüber dazu verpflichten. Noch stärker als in den USA und in der BRD hat der thailändische Wahlkampf Züge einer Volksbelustigung. Kandidaten bebildern ihre Werbeschriften mit Pin-up-Mädchen, führen Kino vor oder verteilen Reis gratis. Vermögende Kandidaten spenden Geld zur Renovierung der Tempel, um sich über den Umweg religiösen Verdienstes politischen Anhang zu verschaffen. Schließlich werden einflußreiche Gefolgsherren, die einen ganzen Block von Stimmen garantieren können, durch Zuwendungen verpflichtet. Die Kandidaten der Regierungspartei konnten sich im übrigen die Autoritätsgläubigkeit der unaufgeklärten Landbevölkerung zunutze machen und ließen von vornherein keine Zweifel, daß niemand als den Vertretern der Regierung Macht gebühre. So verdankt eine Regierung, die die Interessen der Militär- und Bürokratenoligarchie vertritt, ihre demokratische Legitimierung den Stimmen der unterprivilegierten Landbevölkerung.

In der Metropole Bangkok dagegen, deren Abgeordnete ausschließlich die Oppositionspartei der Demokraten stellt, hat sich eine liberale Rechtspartei als Instanz parlamentarischer Kritik durchgesetzt. Diese traditionsreiche Partei verdankt ihren Massenanhang in Bangkok eher einer Entladung lang zurückgehaltener Kritik poli-

<sup>17</sup> Pickerell/Moore 1957.

<sup>18</sup> Boesch 1969, S. 16–17.

<sup>19</sup> Wenk 1969, S. 7.

tisch aufmerksamerer Menschen an Unehrllichkeit und Eigennutz der Regierung als dem Appell an Wunschvorstellungen von einer patriarchalischen Tradition der alten Thai. Als die Demokratische Partei von 1944 bis 1948 Regierungspartei war, vermochte sie nicht, eine stabile und effiziente Zivilregierung zu stellen, die dem Druck des Militärs hätte standhalten können, das nun seit 1948 regiert. Für die Interessen der in der Elite noch nicht vertretenen Landbevölkerung sind die „Vereinigte Thailändische Volkspartei“ oder die „Demokratische Partei“ keine echten Alternativen. Die etablierte privilegierte Schicht macht von zwei wesentlichen Einrichtungen der Thai-Kultur Gebrauch, um ihre Macht zu rechtfertigen und ausüben zu können. Erstens ist die Monarchie, deren fast religiöse Verehrung sich als unantastbar erweist, eine Notwendigkeit zur emotionalen Legitimation der Macht geblieben. Zweitens deuten die Thailänder in magisch-buddhistischer Denkweise Status als Resultat religiösen Verdienstes, das einem aus früheren Existenzen anhaftet<sup>20</sup>. Die traditionelle Autorität ist also „weniger eine Autorität technischer als sozialer Kompetenz“<sup>21</sup>; und es ist die aus der Zeit der unaufgeklärten Monarchie beibehaltene Erwartung der Thailänder, daß die Obrigkeit mehr eine zeremonielle Funktion ausübt, als daß sie im Dienst der Bevölkerung steht<sup>22</sup>.

Trotz umfangreicher Modernisierungsprogramme scheint das Wechselverhältnis von religiös fundiertem Autoritätsverhalten und wirtschaftlicher Ausbeutung<sup>23</sup> sich ständig neu zu beleben. Zwei Ansätze, diesen *circulus vitiosus* aufzubrechen, deuten sich an: Unter Beibehaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung könnte sich das politische System wandeln, wenn sich Bestrebungen durchsetzen, die Lehre vom Verdienstmachen<sup>24</sup> so neu zu interpretieren, daß religiöses Verdienst nicht länger dem eigenen sozialen Aufstieg, sondern dem Ausgleich zwischen reich und arm, also der gesamtgesellschaftlichen Harmonisierung dient. Außerdem ist eine Umgestaltung der Wirtschaftsverfassung nach sozialistischem, nicht notwendigerweise russischem oder chinesischem Modell denkbar.

### Effizienz oder Freiheit?

Die thailändischen Machthaber sehen sich einem immer größeren innen- und außenpolitischen Druck ausgesetzt. Die Revolution von 1932 hatte in einer vollkommen friedlichen Umwelt stattgefunden. Die Nachbarschaft europäischer Kolonien rund um Thailand garantierte für äußere Sicherheit. Es bestanden noch Landreserven, so daß keine Notwendigkeit zu ökonomischer Entwicklung gegeben war. Pläne zu einer sozialistischen Entwicklungsdiktatur, mit denen 1933 Pridi Phanomyong, einer der führenden Teilnehmer an der Revolution, hervortrat, waren schon deshalb zum Scheitern verurteilt. Man konnte auf planvolle Entwicklungspolitik verzichten. Pridi<sup>25</sup> hat zeitweise als Kabinettsmitglied und als Juraprofessor an der Universität Bangkok nachhaltigen Einfluß ausgeübt. Heute lebt er im Exil in China und leitet von dort die thailändischen Kommunisten.

<sup>20</sup> Hanks 1962.

<sup>21</sup> Boesch 1969, S. 21.

<sup>22</sup> Vella 1955, S. 317–331.

<sup>23</sup> Boesch 1962.

<sup>24</sup> Tambiah 1968, Sarkisyanz 1968.

<sup>25</sup> Landon 1939, S. 260–293.

Die Machtergreifung des Marschalls Sarit Thanarat im Jahre 1958, die der derzeitigen Gruppe die Herrschaft verschaffte, geschah schon in einer veränderten Konstellation. Angesichts von äußeren Bedrohungen der Sicherheit mußte die Nation gegen partikularistische Interessen zusammengehalten und angesichts des Erfordernisses wirtschaftlicher Entwicklung die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gewährleistet werden. Mit einer Kombination von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung und militärischer Gewaltanwendung versucht das Regime seit Marschall Sarit nicht ohne Erfolg, Herr der Lage zu werden.

Die **nationale Sicherheit** wurde besonders durch die laotische Situation nach der Schlacht bei Dien Bien Phu im Jahre 1954 und durch die Nachwirkungen der malaiischen „Emergency“, die bis 1957 dauerte, gefährdet. In den Nordost- und in den Südprovinzen drohten nämlich die thailändischen Lao beziehungsweise die thailändischen Malaien in die auswärtigen Auseinandersetzungen einbezogen zu werden. Dazu kam die Erhebung der Bergvölker, die sich von der Repression und Ausbeutung durch die Thai befreien wollten. — Die Notwendigkeit **wirtschaftlicher Entwicklung** ergab sich aus dem Mißverhältnis der Bevölkerungsvermehrung, die tatsächlich größer als die indische Bevölkerungsvermehrung ist, zur Steigerung der Nahrungsmittelerzeugung. Die derzeitige Entwicklung läßt befürchten, daß Thailand in 20 Jahren vom Reisexport zum Reimport übergehen muß<sup>26</sup>. Mit dem ursprünglich militärisch motivierten Ausbau der Infrastruktur hat Thailand jedoch bereits eine wichtige Grundlage zur Modernisierung der Wirtschaft geschaffen.

Das zur wirtschaftlichen Entwicklung erforderliche Kapital wird durch zwangsweisen Konsumverzicht der Bauern und der niederen und mittleren Beamten aufgebracht. Und zwar werden die Preise für Agrarerzeugnisse im Inland erheblich unter dem Weltmarktniveau gehalten, und die Beamten werden unwürdig niedrig besoldet. Um so herausfordernder wirkt der hohe Lebensstandard der „Farang“, der amerikanischen und europäischen Ausländer, dem der Lebensstandard der herrschenden Thailänder nicht nachsteht. Noch ist nicht abzusehen, welche Spannungen sich bei der Bevölkerung aufstauen, die in dem Gefühl der Aussichtslosigkeit ihrer Lage auf den Außenstehenden den Eindruck von Teilnahmslosigkeit macht. Zum Bürgerkrieg ist die Bevölkerung in Thailand zur Zeit jedenfalls offensichtlich nicht im selben Maß bereit wie in Indochina<sup>27</sup>.

Da Thailand keine Kolonialvergangenheit hat, fehlt es an antiimperialistischer Empfindlichkeit. Thailand hat durch die amerikanische Indochinapolitik im Gegenteil viel Zeit für korrektive wirtschaftliche und soziale Maßnahmen gewährt bekommen. Daher beteiligt es sich nicht nur aktiv am Krieg in Vietnam und Laos, sondern überläßt Amerika Operationsbasen für dessen Streitkräfte.

Amerika hat, abgesehen von Tausenden von Fronturlaubern aus Vietnam, mindestens 43 000 Soldaten<sup>28</sup> ständig in Thailand stationiert. Die Anwesenheit des amerikanischen Militärs bringt bisher eine Militärhilfe von 75 Millionen Dollar jährlich mit sich. In diesem Jahr wurde die Finanzhilfe um 20% gekürzt, worauf die thailändische Regierung auch die Zurücknahme von 20% der Militärberater verlangte<sup>29</sup>. Die Gewinne

<sup>26</sup> Van Roy 1967.

<sup>27</sup> „Neue Zürcher Zeitung“, 18. 2. 1968, und: Wit 1968.

<sup>28</sup> Sie dienen dem amerikanischen Indochinakrieg; nur 1200 Berater sind den thailändischen Streitkräften zugeordnet.

<sup>29</sup> „The Times“, 18. 8. 1969.

aus der Veruntreuung amerikanischen Materials und der Prostitution bleiben erheblich. Das Geschäft mit den Amerikanern muß indes teuer bezahlt werden mit thailändischen Soldaten, die in Vietnam und Laos als Kanonenfutter dienen. In Vietnam waren zeitweilig bis zu 12 000 Thailänder eingesetzt, die bei der verborgenen Arbeitslosigkeit für einen guten Sold leicht anzuwerben sind und deren Verluste unverhältnismäßig hoch sein sollen<sup>30</sup>.

Die thailändische Regierung führt es in erster Linie auf ihre wirtschaftliche Entwicklungspolitik zurück, daß sie bei den jüngsten Wahlen besonders in Nordostthailand, das früher zu sozialistischen Parteien neigte, einen Umschwung der Stimmung der Wählerschaft zugunsten des Militärregimes herbeizuführen vermochte.

Weniger überzeugend hat die Militärpolitik gegenüber den Bergvolkminoritäten, insbesondere den Mäo, gewirkt. Sie werden gezwungen, ihre herkömmlich auf Schwendbau in der Waldwildnis gegründete Lebensweise aufzugeben, und werden in Lager umgesiedelt. Es ließ sich nicht lange verheimlichen, daß seit Ende 1966 renitente Mäodörfer im eigenen Land mit Napalm beseitigt werden.

Ebenso radikal wie die Regierung die ungehorsamen Bergvölker unterdrückt, geht sie gegen Kommunismus und Sozialismus als Alternative zur liberalen Demokratie oder zum Militärregime vor. Da auch die neueste Verfassung die Kommunisten in der Illegalität beläßt, halten sie sich mehr denn je für berechtigt, sich mit Waffengewalt durchzusetzen. Im Jahre 1965 wurde die „Thailändische Patriotische Front“ als zumindest kryptokommunistische Untergrundorganisation gegründet. Sie brüstet sich, im Vierteljahr bei etwa 400 Überfällen rund 500 Personen zu töten oder zu verletzen<sup>31</sup>. Meistens sind die Opfer Bürgermeister, Polizisten, Lehrer oder Entwicklungsspezialisten, nicht etwa hohe Beamte oder Offiziere, die sich gegen das Volk vergangen haben. Die Kommunisten unterhalten außerhalb Thailands eine Radiostation, die nicht nur die marxistisch-maoistische Doktrin verbreitet, sondern sich unter anderem mit Analysen der Verschuldung der Bauern und der Bodenpreise Glaubwürdigkeit erworben hat.

Die Militärmachthaber sind aber ihrer Gewalt sicher genug, daß sie es sich leisten, bei westlichen Kapitalinvestitionen pragmatisch zu sein. Und diese Effizienz ist für die westliche Öffentlichkeit entscheidender als die Wahrheit über ein politisches System, das auf dem fiktiven Konsens einer unaufgeklärten Bevölkerung beruht.

#### Literaturnachweis

- Bechert, Heinz: Buddhismus, Staat und Gesellschaft in den Ländern des Theravada-Buddhismus. Bd. XVII/2 der Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg. Wiesbaden, 1967
- Boesch, Ernst E.: Autorität und Leistungsverhalten in Thailand. Bd. XV der Schriften des Instituts für Asienkunde in Hamburg. Frankfurt, 1962
- Boesch, Ernst E.: Hierarchische Ordnung und sozialer Wandel. Eine sozialpsychologische Untersuchung über administrative Eliten in Thailand. Sozialpsychologische Forschungsstelle für Entwicklungsplanung an der Universität. Saarbrücken, 1969

<sup>30</sup> „Vietnam Courier“, 22. 7. 1968, und „Le Monde“, 31. 5. 1969.

<sup>31</sup> „Le Monde“, 22. 7. 1968.

- Evers, Hans-Dieter: The Formation of a Social Class Structure: Urbanization, Bureaucratization and Social Mobility in Thailand. *Journal of Southeast Asian History*, Vol 7, Nr. 2, S. 100–115, 1966
- Evers, Hans-Dieter (Hrsg.): *Loosely Structured Social Systems: Thailand in Comparative Perspective*. New Haven, Conn., 1969
- Fistié, Pierre: *L'évolution de la Thaïlande contemporaine*. Paris, 1967
- Hanks jr, Lucian M.: Merit and Power in the Thai Social Order. *American Anthropologist*, Vol. 64, 1962
- Heine-Geldern, Robert: Weltbild und Bauform in Südostasien. S. 28–78 in: *Wiener Beiträge zur Kunst- und Kulturgeschichte Asiens*, Bd. 4, 1930.
- Ingram, James C.: *Economic Change in Thailand since 1850*. Stanford, Calif., 1955
- Kingsbury, Joseph B., and Wilcox, Robert F.: *Introduction to the Principles of Public Administration*. Thammasat-University. Bangkok, 1959.
- Landon, Kenneth Perry: *Siam in Transition. A Brief Survey of Cultural Trends in the Five Years since the Revolution of 1932*. Chicago, 1939. Reprint: New York, 1968
- Lomax, Louis E.: *Thailand. The War that Is, the War that Will Be*. New York, 1967
- Nairn, Ronald C.: *International Aid to Thailand. The New Colonialism?* Yale Studies in Political Science. New Haven, Conn., 1966
- Pickerell, Albert, and Moore, Daniel E.: Elections in Thailand. *Far Eastern Survey*, Vol. 26, Nr. 6, S. 92–96, und Nr. 7, S. 103–111, 1957
- Riggs, Fred W.: *Thailand. The Modernization of a Bureaucratic Polity*. Honolulu, 1966
- van Roy, Edward: The Malthusian Squeeze on Thailand's Rice Economy. *Asian Survey*, Vol. VII, Nr. 7, 1967
- Sarkisyanz, Manuel: Die Rolle des Buddhismus in der Politik der Länder Südasiens. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Vierteljahresbericht Nr. 32, 1968
- Siffin, William J.: *The Thai Bureaucracy: Institutional Changes and Development*. Honolulu, 1966
- Silcock, T. H. (Hrsg.): *Thailand. Social and Economic Studies in Development*. Canberra and Singapore, 1967
- Skinner, William G.: *Chinese Society in Thailand*. Ithaca, N.Y., 1957
- Skinner, William G.: *Leadership and Power in the Chinese Community of Thailand*. Ithaca, N.Y., 1958
- Spencer, J. E.: *Shifting Cultivation in Southeastern Asia*. Berkeley and Los Angeles, 1966
- Stanton, Thomas H.: Conflict in Laos: The Village Point of View. *Asian Survey*, Vol. VIII, Nr. 11, 1968
- Tambiah, S. J.: The Ideology of Merit and the Social Correlates of Buddhism in a Thai Village. S. 41–121 in Leach (Hrsg.), Edmund, R.: *Dialectic in Practical Religion*, Cambridge, 1968.
- Vella, Walter F.: *The Impact of the West on Government in Thailand*. Berkeley and Los Angeles, 1955
- Wales, H. G. *Quaritch: Ancient Siamese Government and Administration*. London, 1934. Reprint: New York, 1968
- Weber, Karl Erich: „Biedermänner und Brandstifter“. *Soziologischer Versuch über den Schwendbau der Thai*. S. 209–218 in Reimann, Horst, und Müller, Ernst Wilhelm (Hrsg.): *Entwicklung und Fortschritt. Soziologische und ethnologische Aspekte des sozialkulturellen Wandels. Mühlmann-Festschrift*. Tübingen, 1969
- Wenk, Klaus: *Die neue Verfassung Thailands*. Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg Nr. 28. Hamburg, 1969
- Wilson, David A.: *Politics in Thailand*. Ithaca, N.Y., 1962
- Wilson, David A., and Phillips, Herbert P.: Elections and Parties in Thailand. *Far Eastern Survey*, Vol. 27, 1958
- Wit, Daniel: *Thailand – Another Vietnam?* New York, 1968
- Wittfogel, Karl August: *Oriental Despotism*. New Haven, Conn., 1957. Deutsche Ausgabe: *Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht*. Köln und Berlin, 1962
- Young, Steven B.: The Northeastern Thai Village. A Non-Participatory Democracy. *Asian Survey*, Vol. VIII, Nr. 11, 1968